

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Matthias Manthei, Fraktion der BMV

Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte, Rettungskräfte, Vollzugsbeamte des Zolls, der Justizvollzugsanstalten und sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Wie viele Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte, Rettungskräfte, Vollzugsbeamte des Zolls, der Justizvollzugsanstalten und sonstige Vollstreckungsbeamte sowie gleichstehende Personen wurden im Jahr 2017 erfasst (bitte Anzahl der Fälle sowie Anzahl der Opfer nach Geschlecht auflisten)?

In der Polizeilichen Kriminalstatistik Mecklenburg-Vorpommern wurden im vergangenen Jahr für die Bereiche Feuerwehr, sonstige Rettungsdienste, Polizeivollzugsbeamte und sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr insgesamt 734 Fälle mit 226 weiblichen und 1.250 männlichen Opfern erfasst.

Neben der Polizeilichen Kriminalstatistik, die Angriffe gegen Vollzugsbeamte der Justizvollzugsanstalten beziehungsweise Vollstreckungsbeamte aus dem Bereich der Justiz nicht gesondert ausweist, gibt es im Zuständigkeitsbereich der Justiz eine interne Erfassung. Danach wurden drei männliche Vollzugsbeamte der Justizvollzugsanstalten sowie zwei weibliche Vollstreckungsbeamte beziehungsweise gleichstehende Personen Opfer eines Angriffes.

2. Wie viele der in Frage 1 aufgeführten Angriffe erfolgten außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern (bitte Tatorte, Anzahl der Fälle sowie Anzahl der Opfer nach Geschlecht auflisten)?

In der Polizeilichen Kriminalstatistik Mecklenburg-Vorpommern werden nur Straftaten mit Tatort in Mecklenburg-Vorpommern erfasst.

3. Wie viele der in der Antwort zu Frage 1 erfassten Opfer waren infolge der Angriffe dienstunfähig oder nicht voll einsatzfähig?
4. Wie viele krankheitsbedingte Fehltage bei den jeweiligen in Frage 1 genannten Personengruppen sind im Jahr 2017 auf Angriffe gegen sie zurückzuführen?

Die Fragen 3 und 4 werden zusammenhängend beantwortet.

In der Polizeilichen Kriminalstatistik werden keine Daten zu den angefragten Folgen der in der Statistik registrierten Angriffe erfasst.

Unabhängig davon können aber folgende Aussagen für den Bereich der Landespolizei, des Justizvollzuges und des Rettungsdienstes getroffen werden. So waren im vergangenen Jahr 24 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte infolge gegen sie gerichteter Angriffe mit insgesamt 750 Kalendertagen dienstunfähig.

Im Bereich des Justizvollzuges bestanden weder Dienstunfähigkeiten/Beeinträchtigungen der Einsatzfähigkeit gemäß Frage 3 noch krankheitsbedingte Fehltage gemäß Frage 4.

Aus dem Bereich der Rettungsdienste wurde ein Fall bekannt, in dem ein Rettungsassistent sechs Arbeitstage dienstunfähig infolge eines tätlichen Angriffs war.

Informationen über Beeinträchtigungen der Einsatzfähigkeit gemäß Frage 3 liegen der Landesregierung zum Polizeivollzugsdienst und den Rettungsdiensten nicht vor.